

## *Folgenlose Nachbarschaft?*

### Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen Tagung in Dresden, 24./25. Juni 2004

*Claudia Beier, München*

Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen zu identifizieren und Forschungsdesiderate aufzudecken, war Ziel der Tagung »Folgenlose Nachbarschaft?«, welche das Centrum für angewandte Politikforschung (C·AP, München) in Zusammenarbeit mit der Brücke/Most-Stiftung (Dresden/Prag) Ende Juni veranstaltete. Zu der Konferenz versammelten sich annähernd dreißig Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen und Generationen sowie gesellschaftliche Akteure in den Räumen der Brücke/Most-Stiftung am Dresdner Elbufer. Statt abermals die Spannungen und Belastungen in den deutsch-tschechischen Beziehungen zu diskutieren, konzentrierte sich ihr Interesse auf die Frage nach Aus- bzw. Nachwirkungen der DDR-Außenpolitik auf die gesamtdeutsche Außenpolitik, in diesem Fall insbesondere auf die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Wenngleich die DDR jeglicher langfristiger Konzeption in ihren Außenbeziehungen entbehrte und ihr Joachim Scholtysek in Bezug auf Johannes Kuppe eine »kaum entwirrbare enge Wechselwirkung zwischen ideologischer Motivation und macht- bzw. interessenpolitischen Handeln« bescheinigt,<sup>1</sup> ist nach *Beate Ihme-Tuchel* (Berlin) zumindest eine Stringenz in den Bemühungen der DDR auszumachen: der Versuch, ihr Legitimationsdefizit als »Teilnation« durch ein starres Festhalten an sozialistischen Grundsätzen zu kompensieren. Allerdings habe sich die DDR tatsächlich in einer prekären Lage befunden, welche ihr Handeln wesentlich motivierte. Als einziger besiegtter Staat unter den sozialistischen Siegerstaaten, noch dazu an der di-

rekten Schnittstelle von Kapitalismus und Sozialismus gelegen, habe sie in bilateralen Beziehungen mit ihren »sozialistischen Bruderländern« stets um Anerkennung ringen müssen. Dem beispielsweise in der Tschechoslowakei ausgeprägten deutschen Feindbild sei sie mit einer äußerst »zurückhaltenden, beinahe devoten« Politik begegnet, die sie, gepaart mit gezielten Angriffen auf Bonn, von ihrer »deutschen« Vergangenheit distanzieren sollte. Der Antifaschismus sei fortan zum ideologischen Kern des Selbstverständnisses der DDR avanciert und bei drohendem Legitimationsverlust stets besonders propagiert worden.

Trotz nachhaltiger Erfolge dieser Politik, die 1956 im gemeinsamen Versuch gipfelte, als Trutzburg des Kommunismus gegenüber Liberalisierungstendenzen in anderen sozialistischen Ländern zu fungieren, sei das Verhältnis zwischen der DDR und der Tschechoslowakei von stetem Misstrauen geprägt gewesen. Insbesondere die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Bonn 1955 hätten die »Kampfgemeinschaft« gestört, da die SED-Spitze in der Folge eine Annäherung zwischen Prag und Bonn über ihren Kopf hinweg fürchtete. Außerdem habe der Mauerbau 1961 nicht zu einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen geführt. Forderte Ost-Berlin auch weiterhin unter Hinweis auf die »Superspezifik« der DDR die besondere Unterstützung der anderen

<sup>1</sup> Joachim Scholtysek, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003, S. 137.

kommunistischen Länder ein, sah Prag gerade dieses Argument durch den erfolgreichen Stopp der Flüchtlingsströme Richtung Westen als weitgehend hilflos an. Für die DDR stellte diese vorsichtige Distanzierung des tschechoslowakischen Nachbarn ein ernstzunehmendes Problem dar, wollte sie doch nicht als Satellitenstaat der Sowjetunion enden, sondern selbst aktiv (Außen-)Politik gestalten.

Gerade der Anspruch des SED-Regimes, auf die Deutschlandpolitik der ČSSR richtungweisend Einfluss zu nehmen, belastete diesbezüglich das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Prag, wie der Historiker *Jaroslav Kučera* (Prag) verdeutlichte. Die versuchte Einflussnahme der DDR-Führung sei in Prag zunehmend als Bevormundung verstanden worden und habe entscheidend mit dazu beigetragen, dass das Nachbarschaftsverhältnis zwar als »freundschaftlich«, gleichzeitig aber auch als »kühl« zu charakterisieren sei. Eine eigenständige deutschlandpolitische Programmatik zu entwickeln, wagte die ČSSR jedoch trotz dieser Differenzen mit Ost-Berlin zu keinem Zeitpunkt.

Prinzipiell seien für die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland fünf Phasen zu konstatieren: In der Zeit zwischen 1949–1955 sei die Verbindung auf Außenhandelsbeziehungen beschränkt geblieben, ansonsten habe ein »kontaktloser Zustand« geherrscht, dem eine erste Entspannungsphase von 1955–1958 folgte. Die ČSSR bemühte sich nunmehr um eine Normalisierung des bilateralen Verhältnisses, das jedoch zwischen 1958 und 1962 auf Grund von Unstimmigkeiten in der Deutschlandpolitik erneuten Spannungen ausgesetzt wurde und einen herben Rückschlag erhielt. Als entspannter könne das Verhältnis in den Folgejahren 1963–1972 bezeichnet werden, wobei der Prager Frühling sowie seine Niederschlagung nicht als Zäsur zu werten seien. Bedeutender scheine hingegen der so genannte Prager Vertrag 1973 zwischen der BRD und der ČSSR, der eine bis zum Ende der DDR andauernde Etappe der unterkühlten Nachbarschaft einläutete.

Hinsichtlich der These Kučeras, dass der Prager Frühling und seine Folgewirkungen für die bundesdeutsch-tschechoslowakischen Beziehungen keinen

tief greifenden Einschnitt bedeuteten, regten sich im Plenum Gegenstimmen, die zumindest Veränderungen in der gegenseitigen Wahrnehmung beobachtet haben wollen. So wie unter der Bevölkerung der DDR demnach angesichts der Widerstände der tschechoslowakischen Bürger gegen die einmarschierten Truppen Solidaritätsbekundungen laut geworden seien, so habe in der Bundesrepublik der zuvor zumeist nur pauschal als Klassenfeind gesehene tschechoslowakische Nachbar nunmehr ein »menschliches Antlitz« erhalten.

Die Erfahrung des Jahres 1968 ist ein Baustein, der dazu beiträgt, dass *Vladimír Handl* (Prag) den Ostdeutschen aktuell eine größere »emotionalen Nähe« zu den tschechischen Nachbarn bescheinigt als den Westdeutschen. In den offiziellen Strukturen zwischen Berlin und Prag seien hingegen gegenwärtig kaum Spuren des ehemaligen Beziehungsgeflechtes zur DDR auszumachen. Handl konstatierte eine aktuell stabile, gute und gelebte Nachbarschaft zwischen Deutschland und Tschechien. Zwar sei die Euphorie und Dynamik der Jahre 1989/90 inzwischen stark verblasst, jedoch stelle Deutschland weiterhin den wichtigsten Handelspartner für die Tschechische Republik dar. Auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung zeige die Bundesrepublik größere Sensibilität für den Transformationsprozess in Osteuropa, was von der tschechischen Regierung und Bevölkerung ebenso gewürdigt werde wie der deutsche Einsatz für den EU-Beitritt Tschechiens. Der Beziehungstiefpunkt Mitte der 90er Jahre könne zwar mittlerweile als überwunden gelten, Unstimmigkeiten oder sogar Krisen wie im Jahr 2002 seien dagegen auch fortan nicht ausgeschlossen.

Eine gewisse Asymmetrie in den Beziehungen ergebe sich aus dem Umstand, dass die deutsche Politik der Tschechischen Republik nur vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zukommen lasse und sie sie nur als einen von zahlreichen weiteren Mitspielern auf dem Europäischen Parkett betrachte. Fehlende Bereitschaft zur Vertiefung der Zusammenarbeit sei jedoch nicht allein in Deutschland, sondern beiderseits der Grenze auszumachen. Grund hierfür sei nicht zuletzt die immer wieder aufflammende Diskussion um die Aufarbeitung der Vergangenheit,

wenngleich Handl die Geschichtsdiskurse nicht als zentral für die deutsch-tschechischen Beziehungen verstanden wissen will. Vielmehr sei die Nachbarschaft bereits als Partnerschaft zu charakterisieren, auch wenn der Wille zu einer Zusammenarbeit außer auf kooperativer Ebene vor allem im regionalen Bereich verstärkt werden könnte.

Dass die Suche nach Spuren der DDR-Außenpolitik in den gegenwärtigen deutsch-tschechischen Beziehungen zugleich eine Frage nach den handelnden Akteuren ist, verdeutlichte auch *Helmut Fehr* (Rzezowski). Wie er ausführte, ist es den ehemaligen kommunistischen Eliten in Deutschland und der Tschechischen Republik bislang nicht gelungen, erneut entscheidenden Einfluss zu gewinnen oder gar außenpolitische Entscheidungen mitzutragen. Allerdings hätten sowohl die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) als auch die PDS den anfänglich massiven antikommunistischen Stimmungslagen trotzen und bei den jüngsten Wahlen erhebliche Stimmenzuwächse verzeichnen können. Während sich die PDS inzwischen als Oppositionspartei profiliert habe und vereinzelt bereits als Koalitionspartner in Erwägung gezogen werde, bleibe der KSČM trotz einer festen Etablierung am linken Rand des tschechischen Parteienspektrums diese Anerkennung bislang versagt.

Analogien in den Entwicklungen der Parteien stünden bemerkenswerte Unterschiede vornehmlich der gewählten Überlebensstrategien gegenüber. Zwar könne die PDS auf die finanziellen Mittel ihrer Vorgängerpartei zurückgreifen, jedoch habe der Fall des Eisernen Vorhangs erheblich an den Fundamenten der Partei gerüttelt. Nach einer anfänglichen Sinnkrise habe die PDS auf eine neuartige ideologische Positionierung verzichtet, gleichzeitig aber durch den Ausschluss ehemaliger Eliten eine gewisse Zäsur bewirkt. Im Gegensatz dazu sei bei der KSČM eine Kontinuität erkennbar, die sich auch in der noch nicht einmal in Erwägung gezogenen Namensänderung der Partei verdeutliche. Ergänzend hervorgehoben wurde von Teilnehmern der Konferenz die außergewöhnlich intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit beider Parteien. Ob es sich dabei um eine Reaktivierung oder die Neuetablierung eines kommunistischen

Netzwerkes handelt, vermochte zum jetzigen Zeitpunkt niemand zu beurteilen. Offensichtlich sei jedoch der Einfluss der PDS auf die KSČM, wenn man deren erstaunlich geringen Widerstand gegen den EU-Beitritt Tschechiens betrachte.

Eine andere Sichtweise bietet sich, wenn man den Einfluss der ehemaligen Bürgerrechtler und Dissidenten auf tschechischer wie auf deutscher Seite betrachtet. *Eugenie Trützschler von Falkenstein*, Mitarbeiterin des Thüringer Landtages (Erfurt), versuchte, das überzeichnete Bild vom Einfluss ehemaliger Oppositioneller in der Tschechischen Republik zu relativieren. Zwar böte das 1989 gegründete »Občanské Forum« vielen ehemaligen Chartisten wie Václav Havel, Jirína Šiklová oder Jiří Dienstbier eine Plattform im Politischen System der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik. Allerdings entsende dieses gegenwärtig – nach der Abspaltung des »Občanské Hnutí« unter Václav Klaus – keinen Vertreter mehr ins Parlament. Vielmehr mache sich hier der Einfluss ehemaliger »68er« bemerkbar, während auf niedrigeren Ebenen (Universitäten, Stadtverwaltungen etc.) noch immer die Protagonisten der kommunistischen Zeit ihre Dienste verrichteten. In Deutschland sei hingegen bis heute der nach der Wiedervereinigung stattgefundene Elitenexport von West nach Ost prägend. In den ostdeutschen Bürokratien befänden sich die in der DDR Sozialisierten in der Minderheit, politische und gesellschaftliche Opponenten der Zeit vor '89 seien hier kaum anzutreffen. Für die aus dem Osten stammenden politischen Akteure müsste hingegen noch eingehend untersucht werden, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß sie aus der DDR-tradierte außenpolitische Ideologien weiter verfolgten.

Zeigte die Konferenz an dieser Stelle ein Forschungsdesiderat auf, konnte sich *Michael Weigl* (München) in seinem Vortrag auf eine erst kürzlich vorgestellte Studie der Arbeitsgruppe Grenzland der tschechischen Akademie der Wissenschaften stützen. Deren Ergebnis, dass der EU-Beitritt des eigenen Staates im tschechischen Grenzgebiet zu Bayern positiver gesehen wird als im Grenzgebiet zu Sachsen und entsprechend auch die Ängste gegenüber dem deutschen Nachbarn differieren, sei

verschiedenartig zu erklären. Ein wesentlicher Grund dafür sei die ökonomische Anziehungskraft Bayerns, dessen Nähe und erhoffte Sogwirkung von vielen Tschechen als Vorteil und Mittel gesehen werde, um in der EU Akzeptanz und Respekt zu gewinnen. Im Gegensatz dazu wirke die sächsische Grenzregion, nicht zuletzt auf Grund ihrer derzeit prekären ökonomischen Verfasstheit und bedingt durch die hohe Abwanderungsrate in den Westen, instabil, wenig selbstbewusst und letztlich eher unattraktiv auf den tschechischen Nachbarn.

Neben diesen aktuellen Problemlagen spiele jedoch auch die DDR-Vergangenheit als Erklärungsfaktor eine wesentliche Rolle, so Weigl. Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation würden in Grenzregionen häufig historisch begründet. Der vermeintliche Vorteil der offenen Grenze zwischen der DDR und der Tschechoslowakei wirke sich daher nunmehr diesbezüglich auch negativ aus. Statt in den vierzig Jahren der sozialistischen »Bruderschaft« ehrliche Beziehungen zu pflegen, seien diese ideologisiert gewesen. Stereotypen und Vorurteile in der gegenseitigen Wahrnehmung von DDR und Tschechoslowakei aber seien mit der Wiedervereinigung nicht gleichfalls untergegangen. Vielmehr könne auf bayerisch-tschechischer Seite auf einen historischen Pool grenzüberschreitender Kontaktbegründungen zurückgegriffen werden, der vielfach für fünfzig Jahre »eingefroren« gewesen sei, während die sächsische Seite zudem ihre Hypothek als »Bruderstaat« trotz eines stark ausgeprägten Verbundenheitsgefühls mit dem tschechischen Nachbarn mittragen müsse.

Den Blick angesichts der bilateralen historischen Problemlagen nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft zu richten – das ist der Leitfaden für die Arbeit des Europabeauftragten der Landeshauptstadt Dresden, *Jörn Timm*, einer der Gäste der abschließenden, von *Manuela Glaab* (C&P, München) moderierten Podiumsdiskussion zur spezifischen Situation Ostdeutschlands nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union. Um eine Stärkung der grenznahen Regionen und deren Identität zu erlangen, sei im Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland eine trinationale »Netzwerkregion« geschaffen worden, die sich selbst als »Tor zu Europa« sehe. Defizite der bisherigen Arbeit erblickte Timm unter anderem in der Vermittlungsarbeit, doch wiesen einige Diskutanten auch auf die sich andeutende große Kluft zwischen hoher Arbeits- und Hoffnungslosigkeit einerseits und eventuellen Chancen andererseits hin. Unterstützung fand diese kritische Sichtweise sowohl von deutscher Seite durch *Daniel Kraft* (Brücke/Most Stiftung Dresden/Prag) als auch von tschechischer Seite durch *Václav Houžvička* (Tschechische Akademie der Wissenschaften, Prag). Durch die andauernde Abwanderung insbesondere der jüngeren Generation werde die Region positiver Zukunftsvisionen beraubt und einer massiven Überalterung ausgesetzt. Zudem hätten Änderungen in der Verteilung von Strukturfördermitteln eine degressive Entwicklung eingeleitet, die nach Kraft wohl kaum die aus dem EU-Beitritt Tschechiens für die Region resultierenden Chancen aufwiegen könnte.